Nr. 76 Freitag, den 7. April 1916 30. Jahrg.

Paderborner Anzeiger

Volks-Zeitung für das Paderborner Land

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 50 Pfg., bei der Post abgeholt 40 Pfg., durch den Briefträger 54 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Paderborner Magistrats :: :: :: :: :: veröffentlicht :: :: :: :: ::

Amtl. Kreisblatt des Kreises Paderborn

Redaktion u. Geschäftsstelle: Königstr. 11, Fernruf 913.

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 12 Pfg., auswärtige 15 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 5 Mark das Tausend, :: :: :: :: ausschl. Postgebühren :: :: :: ::

Der Reichstag über Krieg und Frieden!

Nach der Kanzlerrede.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 6. April.

Das war wieder einmal eine Abrechnung mit unseren Feinden, stolz und würdig des Deutschen Reiches, frei und offen in Ton und Sprache, wie es der hohen sittlichen Eignung des deutschen Kanzlers einzig und allein entspricht. Man konnte Herrn v. Bethmann Hollweg während seiner Reichstagsrede vom Mittwoch die tiefe seelische Erregung, die ihn beherrschte, als er die elenden Kampfmethoden unserer Gegner beleuchtete, wohl deutlich anmerken; den heftigen Widerwillen, der ihn ergriff, so oft er die infamen Heucheleien der feindlichen Regierungen an den Pranger heftete; man wurde an das bekannte Wort Friedrichs des Großen erinnert — „mit dem Pack muß ich mich herumschlagen!" — als er auf Herrn Asquith zu sprechen kam, der Deutschlands höchsten Beamten mit persönlichen Anrempelungen überschüttete, weil er einsah, daß er ihm mit einwandfreien, mit anständigen Mitteln nicht beizukommen vermochte. Aber auf rhetorischen Schmuck konnte der Kanzler gut und gerne verzichten. Einmal haben wir dazu, wie er sehr treffend bemerkte, keine Zeit; und dann haben wir ihn auch gar nicht nötig. Wir lassen die Taten für uns reden, und sie beweisen jedem, der sehen will, daß wir unbesiegt und unbesiegbar sind. Das Recht zu schimpfen können wir niemand verwehren — nur soll man nicht vergessen, daß, wer schimpft, Unrecht hat!

Übermäßige Breite kann man der neuesten Reichstagsrede unseres leitenden Staatsmannes nicht zum Vorwurf machen. Knapp in der Form und trefflicher im Inhalt gibt sie der Welt ein Bild der Lage, wie sie sich unter den wuchtigen Streichen des deutschen Schwertes in Ost und West, zu Wasser und zu Lande gestaltet hat. Die blindwütigen Herren in London und Paris, in Rom und in Petersburg fabeln immer noch, sobald sie den Mund aufmachen, von der notwendigen Zertrümmerung der preußischen Militärmacht, derweilen eben diese jeden Tag auf's neue von ihrer Unverwüstlichkeit Zeugnis ablegt. Sie ist nicht zu erschöpfen, noch weniger durch leere Drohungen oder prahlerische Konferenzbeschlüsse zum Weichen zu bringen, und wer noch nicht genug hat von ihren Schlägen, der soll gern einer schärferen Kur gewürdigt werden. Wir haben vor dem Kriege dem Grundsatz gehuldigt: Leben und leben lassen. Trotzdem ist man uns an die Gurgel gesprungen. Jetzt haben wir unser Daseinsrecht in einem Krieg ohne Gleichen erstritten, und nun heißt die Losung: Nie wieder! Nie wieder sollen die neidischen Nachbarn in unseren Flanken über Deutschland herfallen können, wie sie es diesmal getan haben, nie wieder soll so unendlich viel Blut vergossen werden, nur weil Haß und Eifersucht ihr Mütchen an uns kühlen möchten, sobald sie eine ihnen günstige Kräfteverteilung in Europa erreicht zu haben glauben. Darum hört, ihr Völker, und laßt's euch sagen: die polnische Frage wird von Deutschland und seinem treuen Verbündeten gelöst werden, und ebensowenig wie die befreiten Polen werden Balten, Litauer und Letten jemals wieder der russischen Reaktion ausgeliefert werden. Auch für das Deutschtum im übrigen Rußland hat die Stunde der Erlösung von der Knechtschaft des Zarismus geschlagen; die traurigen Erfahrungen dieser Kriegszeit sollen nicht in den Wind getan sein. Und auf der anderen Seite Belgien: alles mag aus dem ehemaligen Königreiche gemacht werden, nur eines nicht, ein englisch-französischer Vasallenstaat, ein Bollwerk gegen Deutschland. Das werden wir zu verhindern wissen, denn wir sind die Herren dieses Landes und werden es bleiben, solange uns nicht „reale Garantien" dafür geboten werden, daß, was jetzt der Geschichte angehört, nie wieder lebendig gemacht wird. Zu dritt ein Kolonialbesitz, wie deutsche Unternehmungslust ihn braucht — und wir haben die Kriegsziele beisammen, für die wir Menschenopfer bringen unerhört!

Was der Reichskanzler hier als seine Politik hingestellt hat, hält sich von napoleonischer Uferlosigkeit ebenso weit entfernt wie von ängstlicher Schwäche. Er gedenkt weder den Feind im Osten zu schonen noch vor englisch-französischen Machtanmaßungen schreckhaft zurückzuweichen. Die deutschen Lebensinteressen sind bei ihm gut aufgehoben, sie bilden ihm das Mindestmaß dessen, was der Friede uns sichern muß; für sie bürgt unser gutes Schwert, das sich mit halber Arbeit nicht zufrieden geben wird. Es mag Ultras zur Rechten und Ultras zur Linken geben, denen der Kanzler nicht weit genug oder denen er zu weit gegangen ist. Das deutsche Volk im ganzen wird in seiner überwältigenden Mehrheit die Ziele billigen, die er aufgerichtet hat.

Deutscher Reichstag.

(10. Sitzung.) *CB.* **Berlin**, 6. April.

Am Bundesratstisch sieht man wieder den Reichskanzler und die Staatssekretäre v. Jagow, v. Capelle und Helfferich. Weitergeführt wird die

Aussprache über die Kanzlerrede.

Abg. **v. Payer** (Vp.): Auf die U-Bootfrage brauche ich nicht einzugehen, nachdem in der Kommission ein befriedigendes Einvernehmen erzielt worden ist. Die Kanzlerrede von gestern wird im Ausland beträchtliches Aufsehen erregen, im Inland hat sie im großen und ganzen Befriedigung geweckt, Befriedigung auch bei denen, die sachlich nicht ganz damit einverstanden sein werden. Schon daß die verbündeten Regierungen nun ein wenig den Schleier gelüftet haben, von dem, was sie wollen, ist wichtig. Die feindlichen Regierungen haben es leichter; sie brauchen sich um das Schicksal okkupierter Gebiete nicht zu sorgen (Heiterkeit). Man wird vielleicht daraus, daß nun zum erstenmal von Friedenszielen gesprochen wird, hoffen dürfen, daß vielleicht der Friede selbst nicht mehr allzu fern ist (Lebh. Beifall). Dem

Friedensprogramm des Reichskanzlers

selbst wird man die Besonnenheit nicht absprechen dürfen, aber man wird auch die Kraft anerkennen müssen, die in diesen Forderungen liegt. Der Reichskanzler hält die Wiederherstellung des früheren Zustandes im Osten für ausgeschlossen. Belgien soll erhalten bleiben, aber es wird ein anderes Belgien sein als es war! Das alles billigt meine Partei. Wir können angesichts unserer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Lage viel leichter zuwarten als unsere Feinde. So lange unsere Feinde nicht einsehen, wie die Lage wirklich ist, solange bleibt uns nichts übrig, als den Frieden durch weitere Taten herbeizuführen (Beifall). Die neutralen Staaten sind wahrlich nicht auf Rosen gebettet; ihre Lage ist teilweise ein Martyrium. In der gegenwärtigen Stunde dürfen wir an

Hollands Kampf

um sein Recht als neutraler Staat nicht vorübergehen, ohne tiefen Respekt vor der starken Kraft, mit der dieses zähe Volk sich gegen seine Bedränger wendet. Wir wollen Frieden halten mit dem großen nordamerikanischen Volke, aber wir glauben auch, daß man jenseits des Weltmeeres unser Recht auf das Leben besser anzuerkennen bestrebt sein müßte, wie es den Anschein hat.

Den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, den unsere Feinde uns androhen, brauchen wir nicht allzu ernst zu nehmen. Die Feinde werden sehr bald nach dem Frieden froh sein, wenn sie von uns gegen gutes Geld wieder das bekommen, was sie brauchen (Beifall.) Unsere eigene wirtschaftliche Lage ist gut, trotz der Fehler, die auf vielen Gebieten, namentlich mit den Kartoffelhöchstpreisen gemacht worden sind. (Lebh. Beifall). Das Versprechen über die Herausnahme der Gewerkschaften aus dem Vereinsgesetz muß eingelöst werden, bald eingelöst werden, auch wenn im Schoß der Regierungen Meinungsverschiedenheiten herrschen. Die Stimmung im Lande darf durch solche innerpolitisch hochbedeutsame Fragen nicht beeinträchtigt werden. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **Stresemann** (natl.): Unsere Heere haben in den vergangenen 20 Monaten Taten vollbracht, die in der Geschichte fortleben werden wie die alten Römer und Griechen. Wenn morgen Generalfeldmarschall v. Hindenburg sein 50jähriges Militärjubiläum begeht, beglückwünscht ihn das ganze deutsche Volk. (Lebh. Beifall.) Das deutsche Volk fühlt mit den Neutralen, die unter dem Kriege leiden, aber es stellt unberechtigten Ansprüchen der Neutralen seinen unbeugsamen Willen entgegen, alle Mittel zu erschöpfen, die geeignet sind, seine Zukunft sicherzustellen. Daher die Entschließung des Reichshaushaltsausschusses in bezug auf den

Unterseeboots- und Luftkampf,

Die Auslegung des Begriffs der Neutralität durch Amerika ist unvereinbar mit sittlichem und materiellem Recht. Der Wunsch weiter Kreise in Deutschland nach Frieden ist nicht zu leugnen. Die sympathischen Worte des Abg. Ebert können nicht mißdeutet werden, denn hoher patriotischer Geist sprach aus ihnen. Ich sehe keine Gefahr darin, die Friedensfrage aufzuwerfen. Nach dem Kriege wird Europa noch Jahrzehntelang ein blutender, zuckender Körper sein. Die Intelligenz von Hunderttausenden wird beim Wiederausbau der Friedenswirtschaft fehlen. Eine Isolierung nach dem Kriege können wir leichter ertragen als alle unsere Gegner. Deutschland hat der Welt mehr gegeben, als sie uns! (Beifall.) Zu den vom Reichskanzler bekanntgegebenen Kriegszielen übergehend, erklärte Redner, daß ein unangreifbares Deutschland die stärkste Grundlage einer friedlichen Zukunft sei. (Bravo bei der Mehrheit.) Wir müssen für alle Zeiten gesichert sein. Die Ostseeprovinzen sind Land deutscher Kultur. Mit dem Programm des Kanzlers bezüglich der Vlamen sind wir einverstanden; sie dürfen nicht der Verwelschung anheimfallen. Wenn wir wünschen, daß Belgien nicht wieder ein Glacis für unsere Feinde wird, dann muß nicht nur der frühere Zustand ausgeschlossen, sondern die politische, militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands gesichert sein (Zustimmung), um so mehr als der Kanzler in früheren Reden auch die

Freiheit der Meere

als Friedensziel hingestellt hat. Die Freiheit der Meere ist für uns nur möglich, wenn wir Seegeltung erringen, wenn wir herauskommen aus dem „nassen Dreieck" (das deutsche Nordseegebiet vor Wilhelmshaven). Was sind Dinge, die nichts zu tun haben mit Vergewaltigung der Völker. Unser wirtschaftliches Kriegsziel muß die Sicherung unserer Schaffenskraft sein. Der Redner dankt in diesem Zusammenhang den Deutschen im Ausland, die unter den schwierigsten Verhältnissen auch im Krieg ihr Deutschtum gewahrt haben. (Lebh. Beifall.) Dem angedrohten „Wirtschaftsblock der Entente" gegenüber erheben sich die Forderungen nach rechtzeitiger Vorbereitung auch des handelspolitischen Wiederaufbaues. (Sehr richtig!) Nach dem militärischen Sieg darf nicht etwa die wirtschaftliche Niederlage kommen. In den darauf bezüglichen Forderungen unserer Industrie darf man nicht lediglich schutzzöllnerische Bestrebungen sehen. Wir müssen namentlich in der Übergangszeit sehr vorsichtig sein, damit unsere Industrie nach dem Kriege nicht ohne Rohstoffe dasteht. Hierher gehört auch die zollpolitische Verständigung mit unseren Bundesgenossen, namentlich mit Österreich-Ungarn. Unsere Arbeiter haben in diesem Kriege ihren Patriotismus bewiesen, deshalb fordern wir die Novelle über die Berufsvereine. Wir erstreben ein größeres Deutschland, aber, als Liberale auch ein freieres Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf **Westarp** (k.): Alles, was die Einheit stören kann, muß jetzt zurücktreten, daher lehne ich es ab, auf innerpolitische Fragen, wie Vereinsgesetz und Wahlrecht einzugehen, ganz abgesehen davon, daß es sich bei der letzteren um eine einzelstaatliche Frage handelt. (Unruhe.) Auch die Produzenten leiden unter der Gegenwart, und Angriffe auf die Landwirtschaft sind ungerecht. Die tapfere Haltung des verbrauchenden Publikums, besonders auch der Arbeiter und der Frauen erkennen auch wir dankbar an. Schwerer aber als alle wirtschaftlichen Verluste müssen die Verluste an Leben und Gesundheit unserer Tapferen im Felde empfunden werden. Auch wir geben dem aufrichtigen Wunsch nach baldigem Frieden Ausdruck, aber

gegen den Vernichtungswillen der Feinde muß der Kampf fortgesetzt werden.

Neue Erkenntnisse, neue Ziele, neue Grundlagen ergeben sich für uns nach beendigtem Kampfe. Wir müssen uns England ganz anders gegenüberstellen, wie vor dem Kriege. Es muß für alle Zeiten den Plan aufgeben, uns zu vernichten. Das Urteil des deutschen Volkes über die Neutralen steht fest; wo wir Achtung haben dürfen, achten wir ehrlich. Auf Amerikas Neutralität erübrigt sich ein ausführliches Eingehen. Der Entschließung des Haushaltsausschusses haben wir zugestimmt, aber wir haben damit unsere grundsätzliche Auffassung nicht geändert. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei den Darlegungen über die Kriegsziele des Herrn Reichskanzlers ist für uns am maßgebendsten die Erklärung, daß Deutschland nach dem Frieden noch stärker und fester gefügt dastehen müsse, wie vordem. Wir stellen darum mit Befriedigung fest, daß nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers unsere Ostgrenzen so geweitet werden sollen, daß niemals wieder feindliche Heere an den Grenzen Ost- und Westpreußens wider uns aufmarschieren können. Dasselbe gilt aber nach meiner und meiner Freunde Meinung auch für den Westen. Auch dort muß die mögliche Angriffszone weiter hinausgeschoben werden. (Lebh. Beifall rechts.) Und das kann nicht etwa mit Verträgen geschehen, sondern dazu ist notwendig, daß wir

das mit so viel Blut erworbene Land fest in unseren Händen behalten

(Beifall). Die Parteien in diesem Hause sind über die Kriegsziele sicher nicht ganz einer Meinung, aber wir haben die feste Überzeugung, daß alle Meinungsverschiedenheiten sich überbrücken lassen angesichts so ungeheuerlicher Geschehnisse. Die polnische Frage wird sich nicht leicht zu lösen sein, aber wir müssen dabei der unlöslichen Waffenbrüderschaft mit Österreich-Ungarn gedenken, die politischer und wirtschaftlicher Gemeinsamkeit vorgebaut hat. Der Ausblick auf die kolonialen Fragen, wobei dem Reichskanzler freudig beizupflichten ist, läßt uns erneut auf unsere Heere, auf die Heerführer, Offiziere und Soldaten schauen, von deren weiteren Taten zuletzt die Lösung auch dieser Frage abhängt. Wir dürfen uns der besten Zuversicht hingeben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Werner**-Gießen (Deutsche Fraktion): Dem Dank an unsere Truppen schließen auch wir uns an. Aber — wir kämpfen für unser Vaterland, nicht für Spekulanten und Drückeberger! Der Meinung, daß es in diesem Kampf weder Sieger noch Besiegte geben wird, sind wir nicht. Wir hoffen, daß es, namentlich mit Hilfe der Zeppeline und U-Boote auch einmal gelingen wird, England zu zermürben. Redner bespricht die nach seiner Meinung ungleichmäßige Behandlung der Presse, die Lebensmittelversorgung und tritt für Kleinhandel und Mittelstand ein.

Abg. **Haase** (soz. Arbeitsg.) verbreitet sich zunächst über das Vorgehen gegen den Reichskanzler durch die bekannten U-Bootskrieg-Interpellationen und kommt dann auf Ernährungsfragen. Ausbeutung und Kriegswucher zeigen sich wie Eiterbeulen am Volkskörper. Hier muß eingegriffen werden. Der Belagerungszustand muß aufgehoben, der verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt werden. (Der Präsident verweist den Redner zur Sache.) Die Kriegsziele des Reichskanzlers sind, wenigstens zum Teil, deutlich. Aber — was soll aus Polen werden? Wir wenden

uns jedenfalls mit Nachdruck gegen eine neue Teilung Polens. Belgien soll kein Vasallenstaat werden, auch kein deutscher. An Belgien muß das begangene Unrecht wieder gutgemacht werden. (Stürmischer Widerspruch und Unruhe!) Die bürgerlichen Redner haben alle gezeigt, daß sie in bezug auf Belgien offen für Annexion sind. Die Staatsmänner haben sich in eine Sackgasse verrannt, da müssen die Völker die Sache des Friedens in die Hand nehmen (Große Unruhe). In allen Ländern einigen sich immer größere Mengen der Völker in der Erkenntnis, daß ein allseitiges Nachgeben nötig ist. (Stürmischer Widerspruch.)

Die Schuld Belgiens.

Staatssekretär v. Jagow: **Als der Reichskanzler am 4. August 1914 die Bemerkung bezüglich Belgiens machte, konnte er noch nicht wissen, welchen Abmachungen Belgien mit unsern Feinden getroffen hatte.**

Der Staatssekretär führte im weiteren den Abg. Haase unter Heiterkeit des Hauses mit einem Zitat aus dem französischen Blatt „L'Oeuvre" ab. Das Blatt schrieb, wenn Haase als Franzose zu Parteigenossen gesprochen hätte, wie im deutschen Reichstage, hätte man ihn gesteinigt.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wenn sich der Reichskanzler wirklich zu den Zielen bekannt hätte, wie sie die Herren Spahn und Westarp aussprachen, dann müßte er am Ende mit diesen allein den Krieg führen. Wenn es gelingt, Polen freizumachen unter Beibehaltung ihrer slavischen Eigenart, wo ist da die Vergewaltigung? Die Regierung hat erklärt, daß sie grundsätzlich bereit sei, Frieden zu schließen, daran ist nicht zu deuteln. Wenn die Feinde aber nicht wollen, bleibt nichts übrig, als weiterzukämpfen. Wir müssen uns wehren, auch mit Zeppelinen und U-Booten, damit unsere Frauen und Kinder nicht dem Hunger überliefert werden. Wozu haben wir die Kriegsmittel bewilligt, wenn sie nicht gebraucht werden sollen.

Die Resolution zur U-Bootfrage wird angenommen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen vertagt sich das Haus.

Der Krieg.

Schritt um Schritt, aber mit um so größerer Wucht rückt die deutsche Angriffsbewegung bei Verdun vor. Auf dem linken Maas-Ufer wurde das wichtige Dorf Haucourt mit stürmender Hand genommen und damit die Entwicklung der Kämpfe gegen die französische Verteidigungslinie Avocourt—Esnes ein gut Stück vorwärtsgebracht.

Dorf Haucourt erstürmt.

11 Offiziere, 531 Mann gefangen, schwere blutige Verluste der Franzosen.

Großes Hauptquartier, 6. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich der Maas verlief der Tag zunächst durch das Vorbereitungsfeuer, das wir auf die Gegend von Haucourt legten, sehr lebhaft.

Am Nachmittag war auch die Tätigkeit unserer Infanterie rege. Sie stürmte das Dorf Haucourt und einen stark ausgebauten französischen Stützpunkt östlich des Ortes. Abgesehen von sehr erheblichen blutigen Verlusten büßte der Feind 11 Offiziere, 531 Mann an unverwundeten Gefangenen, die zwei verschiedenen Divisionen angehören, ein.

Auf dem rechten Maas-Ufer wurde ein erneuter Angriff der Franzosen gegen die von uns im Caillette-Walde und nordwestlich davon am 2. April genommenen Stellungen schnell erstickt.

Östlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet.

Oberste Heeresleitung. Amtlich durch das W.T.B.

Österreichisch-ungarischer Heeresbericht.

Amtlich wird verlautbart: Wien, 6. April.

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Doberdo wurden östlich Selz die unlängst vom Feinde genommenen Gräben vollständig gesäubert. Italienische Gegenangriffe scheiterten. — Im Ledro- und Judicarien-Abschnitt unterhielt die feindliche Artillerie ein lebhaftes Feuer. Angriffe schwächerer italienischer Kräfte gegen unsere Stellungen nordöstlich des Ledro-Sees und im Daone-Tal wurden abgewiesen. — Sonst beschränkte sich die Kampftätigkeit auf mäßiges Geschützfeuer in einzelnen Abschnitten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Türkische Flottenerfolge im Schwarzen Meer.

Das türkische Hauptquartier meldet ein erfolgreiches Eingreifen der Flotte an der Kaukasusfront:

Am 3. April beschoß die türkische Flotte mit Erfolg die feindlichen Stellungen an der kaukasischen Grenze. Die feindlichen Truppen wurden durch diesen unerwarteten Angriff überrascht, verließen ihre Stellungen und flohen in Unordnung, wobei sie eine Menge von Toten und Verwundeten zurückließen.

Ferner wurde ein russisches Munitionsschiff und ein großer Segler mit Kriegsgerät versenkt, der letztere durch den Kreuzer „Midilli", die frühere deutsche „Breslau". Die „Midilli" hatte am 4. April eine Begegnung mit einem russischen Dreadnought, einem Kreuzer und drei Torpedobooten.

Neuer Luftangriff auf England.

(Amtlich.) Berlin, 6. April.

Marineluftschiffe haben in der Nacht vom 5. zum 6. April ein großes Eisenwerk bei Whitby mit Hochofen und ausgedehnten Anlagen zerstört, nachdem vorher eine Batterie nördlich von Hull mit Sprengbomben belegt und außer Gefecht gesetzt worden war. Ferner wurden die Fabrikanlagen von Leeds und Umgebung sowie eine Anzahl Bahnhöfe des Industriegebiets angegriffen, wobei sehr gute Wirkungen beobachtet wurden. Die Luftschiffe wurden heftig beschossen; sie sind alle unbeschädigt gelandet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das ist seit der Nacht vom 31. März zum 1. April der fünfte Angriff unserer Luftschiffgeschwader auf die englische Küste. Mit angstvollem Hangen und Bangen wartet jetzt bei Eintritt der Dunkelheit jede englische Stadt auf das Eintreffen der einst so verspotteten und nun so gefürchteten „Zepps". Alle Vertuschungsversuche der englischen Regierung und Reuters werden die Wahrheit über die großen Erfolge unserer Luftschiffe auf die Dauer nicht verbergen können.

Die bombardierten Städte.

Von den im obenstehenden Bericht genannten Orten ist Whitby, eine Seestadt im Nordbezirk von Yorkshire, der wichtigste Hafen der englischen Heringsflotte an der Nordostküste und seit altersher berühmt durch seine Schmucksachen aus Gagat (Jett). Hull ist der große Hafenort des Industriegebietes vor der Humbermündung, in dem Leeds eine hervorragende Rolle einnimmt. Es ist Hauptsitz der englischen Wollindustrie und des Tuchhandels, welche die ganze Umgebung beschäftigen, hat aber auch große Leinenfabriken, Gerbereien, Glashütten, Töpferwerke, Brauereien, Papiermühlen, chemische und Maschinenfabriken, von denen viele jetzt im Dienste der Munitionserzeugung stehen. Die Stadt liegt an beiden Seiten des Aireflusses, den fünf Brücken überspannen, und ist durch Kanäle und Eisenbahnen mit fast ganz England verbunden.

*

Dorf Haucourt in deutscher Hand.

Die deutsche Front auf dem westlichen Maas-Ufer hat eine neue wesentliche Verbesserung erfahren.



Auch das Dorf Haucourt mit weiteren wichtigen französischen Stellungen ist in die Hand unserer tapferen Truppen gefallen. Der Sack, in dem hier die französischen Truppen nördlich der Linie Avocourt—Esnes bis nach Béthincourt hinauf stecken, ist dadurch wieder beträchtlich eingeschnürt worden.

*

Schwere englische Verluste in Ostafrika.

Aus den Telegrammen, die der Burengeneral Smuts, der englische Oberbefehlshaber gegen Deutsch-Ostafrika, über den Verlauf seiner Operationen an das britische Kolonialamt schickte, konnte man trotz aller Verschleierungstechnik ohne weiteres auf schwere Verluste des Expeditionsheeres schließen. Diese Vermutungen erhalten jetzt durch einen Bericht der „Times" ihre Bestätigung.

Smuts wählte danach Nairobi zur Operationsbasis und richtete in Mbuyuni eine Fliegerstation ein. Mit seiner Hauptmacht, die auf zwei Divisionen geschätzt wird, rückte er auf Moschi vor und detachierte eine starke Brigade nach den Westabhängen des Kilimandscharo. Die geplante Umzingelung gelang, aber die Deutschen verteidigten jeden Zoll Boden mit größter Hartnäckigkeit. Das 7. Unionsregiment verlor ein Drittel seiner Mannschaften, während die Truppen aus Pretoria, Johannesburg und Durban noch schwerere Verluste hatten. Die Gefechte wurden sämtlich am Fuße des Kilimandscharo geliefert. Der Feind zog sich kämpfend langsam längs der Tanga-Bahnlinie zurück. Der Endpunkt Moschi dieser Bahn wurde nach erbittertem Kampf genommen. Der Feind verteidigte sich tapfer und mit verzweifelter Entschlossenheit. Endlich mußte er sich zurückziehen und ließ eine der Kanonen von der „Königsberg" in unseren Händen. General Smuts entschloß sich nun, gegen das Zentrum des Feindes entscheidend vorzugehen und setzte jetzt, während seine Hauptmacht weiter an der Tangabahn vorgeht, einen Flankenangriff auf die Stadt Aruscha an, die die Karawanenwege nach Daressalam, Moschi, Ngara und Nairobi beherrscht.

In Wirklichkeit kommt Aruscha (Aruscha-Tschini) die ihm hier zugeschriebene Bedeutung nicht zu. Der Karawanenweg von der Küste nach dem Kilimandscharo, der über diesen ehemaligen Posten führte, ist längst aufgegeben.

*

Sperrung des englischen Kanals.

Die Engländer verschärfen ihre Vorsichtsmaßregeln gegen die Tätigkeit der deutschen U-Boote. Aus Bergen wird gemeldet:

Passagiere des norwegischen Dampfers „Nidelven", der von England ankam, berichten, daß die Sperrung des englischen Kanals jetzt effektiv sei. Nur zu gewissen Stunden des Tages werde die Durchfahrt gestattet.

Die Störung der neutralen Schiffahrt kümmert die Engländer natürlich nicht und die Neutralen werden sie, wie alle Bedrückungen seitens des britischen Seegewaltigen, ruhig hinnehmen oder höchstens schwache papierene Proteste erheben.

Versenkte Handelsschiffe.

Wie aus London gemeldet wird, ist der englische Dampfer „Berwindvale" (5242 Tonnen) versenkt worden, ferner im Mittelmeer der englische Dampfer „Campbell" und in der Nordsee der norwegische Dampfer „Baus". Von letzterem wird ein Mann der Besatzung vermißt. Auf dem „Berwindvale" sollen sich nach einer Meldung des amerikanischen Konsuls in Cork vier Amerikaner befunden haben.

Die Untersuchung der „Tubantia".

Im Amsterdamer Schiffahrtsrat, der sich mit dem Untergang des holländischen Passagierdampfers „Tubantia" beschäftigte, teilte der als Sachverständiger geladene Chef des holländischen Torpedodienstes, Kapitänleutnant Canters mit, daß die in einem Boot der „Tubantia" gefundenen Kupferstücke zweifellos von den Luftkanonen eines Schwartzkopff-Torpedos herrühre. Solche seien an Holland, Japan, Griechenland, Spanien und einige südamerikanische Staaten geliefert worden. Bei der Untersuchung der „Tubantia" durch die Taucher hat sich herausgestellt, daß das Loch im Schiffskörper zwölf Meter lang ist. Die „Tubantia" liegt mit dem Leck nach oben, sieben Meilen vom Noordhinder Leuchtschiff.

Kriegs-Chronik.

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

6. April. Das Dorf Haucourt westlich der Maas wird von den deutschen Truppen erstürmt. Die Franzosen erleiden schwere blutige Verluste und büßen außerdem elf Offiziere, 531 Mann an unverwundeten Gefangenen ein. — Marineluftschiffe belegen den englischen Hafen Whitby, die Fabrikanlagen von Leeds und Umgebung und eine Anzahl Bahnhöfe des englischen Industriegebietes ausgiebig mit Bomben. Nördlich von Hull setzen sie eine Batterie außer Gefecht. Sämtliche Luftschiffe kehren unbeschädigt zurück.

*

La ligue des pays noutres.

Kopenhagen, 6. April.

Unter dem offiziellen Namen „La ligue des pays noutres" ist in der Schweiz ein Neutralitätsbund in der Bildung begriffen. Hervorragende Persönlichkeiten aus allen neutralen Ländern sollen bereits ihren Beitritt angemeldet haben. Die amerikanische Abzweigung dieser Liga soll bereits errichtet und Roosevelt zum Präsidenten erwählt sein, für den Vorsitz in der griechischen Abteilung ist Venizelos gewählt.

So meldet der Draht. Wir geben die Nachricht pflichtschuldig wieder, erlauben uns aber, sie nicht ernst zu nehmen. Roosevelt . . . Venizelos . . . Wächter der Neutralität! Ist dies nicht ein etwas verspäteter Aprilscherz?

Hollands Sorgen noch nicht beseitigt.

Rotterdam, 6. April.

Der hiesige „Courant" beschäftigt sich mit der geheimen Sitzung der Zweiten Kammer, in deren Kürze — sie hat nur 1½ Stunden gedauert — eine gewisse Beruhigung liege, fährt dann aber fort:

„Trotzdem bleibt das Gefühl sehr lebendig, daß wir aus der schwierigen Lage noch nicht heraus sind und daß in Zukunft alle Möglichkeiten vorhanden sind. Man hüte sich deshalb ebensosehr vor Optimismus wie vor entmutigendem Pessimismus. Noch sind wir nicht endgültig dem Kriege entgangen . . . Je mehr wir uns des Ernstes der Lage bewußt bleiben, um so größer ist die Aussicht, außerhalb des Strudels zu bleiben."

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Frage unserer **Gemüseversorgung** bildet den Gegenstand tätiger Fürsorge der Reichs- und Staatsbehörden. Bekanntlich ist vor einigen Tagen eine Bundesratsverordnung ergangen, die die Nutzung städtischen Geländes für den Gemüsebau ordnen und fördern will. Daneben soll in größerem Umfange als bisher staatlicherseits Gemüse gedörrt und für den Verkauf zur Verfügung gestellt werden. Dabei liegt es, zunächst wenigstens, nicht in der Absicht der Regierung, Höchstpreise für Gemüse einzuführen, auch nicht für den Herbst, ohne daß freilich hierfür eine Gewähr übernommen werden kann. Man hofft so, einen neuen Ansporn für regeren Anbau zu geben.

Schweden.

× Gewisse **Unstimmigkeiten zwischen Regierung und Reichstag** sind zutage getreten, weil die Linke eine Änderung des Transitogesetzes zugunsten Englands zu fordern scheint. Eine Ministerkrisis ist aber bisher nicht eingetreten und steht auch nicht in Aussicht. Vermutlich werden die Meinungsverschiedenheiten auf dem Wege des Kompromisses ihre Erledigung finden.

Amerika.

× Das Vorgehen **amerikanischer Streitkräfte in Mexiko** hat bisher keine erheblichen Erfolge gebracht, obwohl von einigen angeblich für die Amerikaner siegreichen Gefechten berichtet wird. Aber General Funston teilte dem Kriegsamt der Vereinigten Staaten mit, daß er weitere Truppen nach Mexiko senden werde, um die Verbindungslinien zu schützen. Die jetzt in Mexiko befindlichen amerikanischen Truppen haben den Vormarsch angetreten. Villa ist nicht aufzufinden. Seine verschiedenen Truppenabteilungen bedrohen die Amerikaner. Ferner gelangt an das Staatsdepartement die Nachricht, daß Felix Diaz, der Neffe des im Vorjahre verstorbenen langjährigen Präsidenten von Mexiko Porfirio Diaz, mit einer revolutionären Mannschaft von beträchtlicher Stärke in Südmexiko gelandet ist.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 6. April. Der Kaiser hat den Reichskanzler telegraphisch herzlich zu den kraftvollen Worten beglückwünscht, mit denen er im Reichstag von neuem unsere Stellung zu Vergangenheit und Zukunft dargelegt habe.

Berlin, 6. April. Generaloberst Gustav v. Keffel, Generaladjutant des Kaisers, Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin, beging heute seinen 70. Geburtstag.

Budapest, 6. April. Am 1. Juni läuft der Postvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ab. Die deutsche Regierung nahm bereits die Verhandlungen mit der österreichischen und der ungarischen Regierung auf, daß der Postvertrag mit erhöhtem Tarif am 1. Juni erneuert werden soll.

Washington, 6. April. Englands Weigerung, die 38 Deutschen, Österreicher und Türken freizulassen, die auf dem amerikanischen Dampfer in China verhaftet worden waren, wurde in der heutigen Sitzung des Kabinetts erörtert. Wie man erfährt, beabsichtigt das Staatsdepartement, die bedingungslose Freilassung der Gefangenen entsprechend vielen Präzedenzfällen zu verlangen.

Aus Stadt und Kreis Paderborn.

Paderborn, 7. April.

Allen glücklichen Besitzern von Saatkartoffeln, Fett und Schweinefleischwaren sei der an anderer Stelle bekannt gegebene Aufruf zum aufmerksamen Studium empfohlen. Es gilt dabei die vaterländische und christliche

Gesinnung durch die Tat zu beweisen. Alle, die der Aufruf angeht, haben die Pflicht nach Kräften der dazu nicht unbilligen Bitte zu willfahren. Wie an der Front, so muß das deutsche Volk auch hinter der Front treu in Not und Tod zusammen halten. Erhoffen wir also von dem Aufruf einen großen Erfolg.

Aus dem Bericht des Magistrats über den Verkauf des Geschäftsjahrs 1914.

III.

In das Geschäftsjahr 1914 fiel der Beginn des Weltkrieges. Der Bericht des Magistrats bringt über die im ersten Kriegsjahr geleistete städt. und private Kriegsfürsorge eine Uebersicht, die auf den ersten Blick zeigt, daß die alte Bischofsstadt Paderborn in dieser Beziehung in Bezug auf Leistungen und Opferwilligkeit in keiner Weise hinter den Leistungen anderer und noch leistungsfähigerer Städte zurücksteht. Die Stadt gewährte den Kriegerfamilien Unterstützungen, Kohlen, Kartoffeln und auch Mietszuschüsse. Das Ergebnis der Wollwoche war günstig. U. a. wurden 600 Jacken, 600 Hosen und 500 Decken gespendet. Nach Ostpreußen gingen 8 Kisten Kleider. 40 Zentner ergab die Gummisammlung. Die Stadt wandte vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 den Betrag von 97 427 Mk. auf. Die sonstigen Mobilmachungskosten betrugen 59 005 Mk. Der städt. Lebensmittelumsatz zu mäßigen Preisen betrug 157 871 Mk. An sonstigen Zuwendungen leistete die Stadt 5890 Mk. Der Zweigverein vom Roten Kreuz berichtet, daß die vaterländische Begeisterung aus allen Schichten des Volkes und allen Konfessionen ihre Helfer brachte. 13 000 Mk. ergab eine Sammlung schon gleich zu Beginn des Krieges. Die Sammellisten in der Stadt ergaben 37 100,66 Mk., eine von der Kommandantur Senne in der Stadt veranstaltete Sammlung 1216 Mk., die Listen für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen 4667 Mk. Weiter sammelten 1. Amt Lippspringe: Altenbeken 1614,28 Mk., Benhausen 273,65 Mk., Buke 394,20 Mk., Lippspringe: 5962,33 Mark, Marienloh 1020,53 Mk., Neuenbeken 282,30 Mk., Schwaney 184,25 Mk. 2. Amt Borchen: Kirchborchen 75 Mk., Nordborchen 224,30 Mk. 3. Amt Neuhaus: Elsen 297,90 Mk., Sande 51,80 Mk., Hövelhof 613,05 Mk., Stukenbrock 619,25 Mk., Neuhaus 567,05 Mk. 4. Amt Delbrück: Espeln 200 Mk. Neue Mitglieder des Zweigvereins wurden gewonnen in: Paderborn 1160, Lippspringe 43, Neuhaus 12, Delbrück 215, insgesamt 1746. Die Büchsensammlungen ergaben 110 762 Mk. Für Liebesgaben standen 8947 Mk. Barmittel zur Verfügung, von denen 6289 Mk. verausgabt wurden. Der Vaterländische Frauenverein lieferte große Mengen Feld- und Krankenwäsche. An Lesestoff wurden mehr als 2000 Bücher gestiftet. Auch alle Bibliotheken und Zeitungen wetteiferten darin, den Feldgrauen mit Lesestoff zu dienen. 320 Personen, darunter 40 Franziskaner, widmeten sich der Sanitätskolonne. Die große, von der Sanitätskolonne, von den Damen des Roten Kreuzes und denen des Vaterländischen Frauenvereins getätigte Arbeit im einzelnen hier auszuführen, ist direkt unmöglich. Es soll nur gesagt sein, daß alle hilfsbereite Hände darin wetteiferten, möglichst viel Kriegsarbeit zu leisten und dabei möglichst viele Tränen zu trocknen. So ehrend das Ergebnis der Kriegsfürsorge des ersten Kriegsjahres für Stadt und Kreis Paderborn war, und so ehrend es gewiß auch im zweiten Kriegsjahre ausfallen wird, die Kriegsfürsorge und Liebestätigkeit muß weiter geübt werden und so schließt der Bericht mit Recht wie folgt: „So lange noch die Kanonen donnern, so lange unsere Tapferen im heißen Feuer noch stehen müssen, so lange wird auch unsere gebefreudige Hand offen bleiben. Unsere Sammlungen vor allem für die Diözesanspende, für die Kirchliche Kriegshilfsstelle, für das Rote Kreuz haben sich noch nicht überlebt, sie müssen vielmehr mit Energie weitergeführt werden, weil ihre Aufgaben nicht im Erlöschen, vielmehr noch ständig im Wachsen begriffen sind. Wir kennen unsere opferbereiten Leser zu genau, um nicht zu wissen, daß es keiner weiteren Worte bedarf, um auch in der Liebestätigkeit das „Durchhalten" zur wirklichen Tat werden zu lassen. Auf denn zu neuen Opfern zum Besten unserer wackeren Jungens und im Dienste des Vaterlandes!"

Die lichtlose Zeit beschlossen.

Die bereits in unserer Mittwochsnummer angekündigte Einführung einer Sommerzeit ist gestern vom Bundesrat endgültig beschlossen worden. An einem der nächsten Tage wird also verfügt werden, daß alle öffentlichen Uhren um eine Stunde vorgeschoben werden und die privaten Stundenzeiger werden ihnen folgen müssen. Das Tagewerk wird demnach eine Stunde früher beginnen, das Sonnenlicht eine Stunde länger ausgenutzt werden. Zweck dieser Maßnahme ist, durchgreifende Ersparnisse an Leuchtmaterial (Gas, Elektrizität und Petroleum) zu erzielen. Der Zweck wird offensichtlich auch erreicht.

Die Herabsetzung der Altersgrenze.

✉ Der dem Reichstag zugegangene Entwurf besagt: Altersrente erhält der Versicherte vom vollendeten 65. Lebensjahre an, auch wenn er noch nicht invalide ist. Der Anteil der Versicherungsanstalt beträgt bei Witwen- und Witwerrenten drei Zehntel, bei Waisenrenten für eine Waise drei Zwanzigstel, für jede weitere Waise ein Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Invalidenrente, die der Ernährer zur Zeit seines Todes oder bei Invalidität bezogen hätte.

Aufruf.

Zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung der Stadt Paderborn mit **Pflanzkartoffeln,** besonders frühe Sorten, werden die Landbewohner gebeten, überschüssige Saatkartoffeln beim Landwirtschaftlichen Kreisverein Paderborn, Geschäftszimmer Landratsamt Paderborn, möglichst umgehend zum Verkauf anzumelden.

Um ferner den außerordentlich großen Mangel an Fett und trockenen Schweinefleischwaren in der Stadt Paderborn nach Möglichkeit zu mildern, ergeht an sämtliche Landbewohner, wie auch an diejenigen Bürger der Stadt Paderborn, die sich genügend eingedeckt haben, die dringende Bitte, einen Teil ihrer Vorräte gegen gute Bezahlung freiwillig abzugeben. Für die Landgemeinden wird in den am nächsten Sonntag, den 9. d. Mts., überall im Kreise Paderborn stattfindenden Versammlungen das Nähere bekannt gegeben werden. Bürger der Stadt Paderborn, welche in dieser hochwichtigen vaterländischen Frage mithelfen können, werden gebeten, ihre diesbezüglichen Meldungen an den Landwirtschaftlichen Kreisverein hierselbst zu richten. Die Verteilung der angelieferten Ware erfolgt durch die Stadt Paderborn, sowie die Gemeinden Lippspringe und Neuhaus. Bürger, die sich selbst eingedeckt haben, sind vom Bezuge ausgeschlossen.

Es wäre ein schöner Erfolg opferwilliger, christlicher Nächstenliebe, wenn der notwendige Ausgleich der Lebensmittel unter der Bevölkerung in diesem Falle herbeigeführt werden könnte durch selbstloses Eintreten der Besserversorgten für die Schlechtversorgten und so Bestandaufnahme, Beschlagnahme und Ausgabe von Fleisch-, Fett- und Kartoffelkarten sich vermeiden ließen.

von Laer, Landrat. **Klein,** Generalvikar. **Plaßmann,** Oberbürgermeister.

Merkblatt für den 8. April.

Sonnenaufgang	5^{21}	Monduntergang	12^{48} V.
Sonnenuntergang	6^{44}	Mondaufgang	7^{44} V.

Vom Weltkrieg 1915.

8. 4. Neue Kämpfe in den Karpathen, die sich günstig für die deutschen und österreichischen Truppen entwickeln.

1795 Jurist und Staatsmann Moritz August v. Bethmann Hollweg geb. — 1824 Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar geb. — 1832 Generalfeldmarschall Alfred Graf v. Waldersee geb. — 1835 Staatsmann und Gelehrter Wilhelm v. Humboldt gest. — 1848 Italienischer Opernkomponist Gaetano Donizetti gest. — 1852 Dichter Emil Prinz von Schönaich-Carolath geb. — 1897 Heinrich v. Stephan, der erste Staatssekretär des Reichspostamts, gest.

□ **Verbrauch und Bedarf.** Es wird immer noch über den Bedarf an Nahrungsmitteln hinaus verbraucht. Besonders Kreise, in denen die Teuerungsverhältnisse nur erhöhte Aufwendungen bedingen und nicht zur Einschränkung zwingen, haben immer noch einen den Friedenszuständen ähnlichen Verbrauch, der sicherlich nicht unwesentlich größer ist, als das, womit man auskommen kann. Die Unsitte des Einhamsterns leistet diesem Vorgehen Vorschub. Nach wie vor bestimmt hier der Umfang des Einkommens den Umfang der Aufwendungen. Bisher hat sich also in diesen Kreisen die Erkenntnis noch nicht durchgerungen, daß die unerläßliche Einschränkung im Verbrauch von Lebensmitteln nicht von dem Umfange des Einkommens und der Ansprüche und Gewohnheiten, sondern allein vom Umfang der Vorräte und der Erzeugung bestimmt sein sollte. Der reiche Mann muß mit Nahrungsmitteln ebenso sparen, wie der arme. Sein Reichtum räumt ihm nur die Vorzugsstellung ein, dem Vaterlande auch mit Geldmitteln dienen zu können. Hiermit ist ihm ein Mittel in die Hand gegeben, durch den Krieg geschlagene Wunden zu heilen und zu helfen, wo Hilfe nottut. Wir sind ein einig Volk. Einig in dem Siegeswillen, der uns auch zwingt, einig im Verbrauch unter Beschränkung auf den notwendigen Bedarf zu sein, der aber macht es uns zur Pflicht, Wunden zu heilen und Hilfe zu spenden, wo es nottut.

Von Nah und Fern.

⊙ **Lippstadt,** 5. April. Unter zahlreicher Beteiligung von Vereinen und der Bürgerschaft fand hier die Weihe und Nagelung des Kriegswahrzeichens der „Lippischen Rose" statt.

⊙ **Köln,** 6. April. Kardinal von Hartmann hat sich zum Besuche Rheinischer Truppen an die Westfront begeben.

♂ **Vom Harz,** 6. April. Die Brockenbahn soll, wie bestimmt verlautet, vom 20. Mai d. J. ab wieder regelmäßig in Betrieb gesetzt werden.

Y **Braunschweig,** 6. April. Sein 70jähriges Militärdienstjubiläum beging heute der älteste der noch lebenden altbraunschweigischen Offiziere, Rittmeister a. D. Wilhelm Ernst, bei verhältnismäßig guter geistiger Frische und körperlicher Gesundheit. Der jetzt 88 Jahre alte Jubilar trat im Jahre 1846 als Volontär in das braunschweigische Husaren-Regiment.

Y **Mainz,** 7. April. Die Stadtverordneten-Versammlung nahm einen Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage an städtische Arbeiter, Bedienstete und Beamte einstimmig an. Die Vorlage erfordert einen Jahresmehraufwand von 150 000 Mk.

o **Durch eine Ohrfeige getötet.** In Potsdam gab infolge eines Streites der städtische Kanalarbeiter Neumann dem Arbeiter Bethcke eine derartige Ohrfeige, daß er umfiel und sofort auf dem Pflaster liegen blieb. Er war sofort tot. Äußere Verletzungen waren nicht wahrzunehmen. Der Täter wurde verhaftet.

o **Umwandlung einer englischen Kirche zum Museum.** In Bad Homburg beschlossen die Stadtverordneten die Umwandlung der englischen Kirche zu einem städtischen Museum und bewilligten hierzu einen namhaften Betrag.

Letzte Nachrichten.

Hindenburgs Ehrentag.

* Berlin, 7. April. Die gesamte deutsche Presse bringt zu dem heutigen Goldenen Militärjubiläum herzliche Begrüßungsartikel, die sämtlich erneut die allseitige Liebe, Verehrung und Dankbarkeit des deutschen Volkes dem größten aller Heerführer zum Ausdruck bringen.

Der Vorwärts gegen die Mehrheit.

bb **Berlin,** 7. April. Der Vorwärts bemerkt zu der Rede des Abg. Ebert u. a.: Das der Kanzler bei den bürgerlichen Parteien lebhaften Beifall fand, versteht sich von selbst; nur das berührt höchst befremdend, daß er bei solchen an Deutlichkeit kaum noch zu überbietenden Bekenntnissen auf keinerlei ernsten Widerstand des Redners der sozialdemokratischen Mehrheit stieß.

Zum Rücktritt des italienischen Kriegsministers.

bb **Berlin,** 7. April. Wie die Blätter erfahren, begann der Berufskonflikt, als der Gegensatz zwischen Cadornas Abneigung gegen die Erweiterung des italienischen Krieges und der Neigung des Kabinetts, den Wünschen der Verbündeten in diesem Punkte entgegenzukommen, einsetzte. Nachdem Cadorna seinen Standpunkt auf der Pariser Konferenz endgültig durchgesetzt hatte, während Zupelli ein Nachgeben befürwortete, war das Verbleiben des letzteren auf dem Ministerposten nicht mehr möglich. Offiziell wird der Rücktritt Zupellis mit dessen Wunsch begründet.

Die Reichsduma.

— **Petersburg,** 7. April. Die Reichsduma wird voraussichtlich Mitte Mai zur Erledigung gesetzgeberischer Arbeiten wieder zusammentreten.

Verfolgung der deutschen Bauern in Rußland.

F **Frankfurt,** 7. April. Die F. Z. meldet: 30000 aus Wolhynien ausgewiesene deutsche Kolonisten sind jetzt in der Richtung nach Orenburg (Ural) unterwegs. Nach der „Nowoje Wremja" wurden bisher 275 lutherische Schulen in Wolhynien geschlossen. Die verlassenen Güter werden auf Anordnung des Befehlshabers der Südwestfront zwangsweise mit Flüchtlingen besiedelt, zuerst mit solchen, die noch Vieh besitzen.

Die Königin von Schweden in Deutschland.

bb **Berlin,** 7. April. Die Königin von Schweden ist auf der Reise nach Karlsruhe hier eingetroffen.

Kritische Lage der Engländer in Mesopotamien.

k **Hannover** 7. April. Die Lage der englischen Truppen in Mesopotamien wird dem „Temps" zufolge sehr kritisch. Das Blatt ruft den Russen zu, ihre Operationen in Armenien zu beschleunigen, um dem bedrängten englischen Verbündeten zu Hilfe zu kommen. (H. K.)

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.



654

Starker Husten

wie quälend und wie unangenehm — auch für andere! So leicht aber kann man vorbeugen oder sich Linderung verschaffen, denn

Wybert TABLETTEN

lösen und erfrischen, erhöhen den Speichelfluß und beheben so das Hauptübel, den Hustenreiz. Sie beruhigen die Schleimhäute des Kehlkopfes und sorgen so auch bei Erkältungen für freie, klare Stimme.

Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.—. Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Wybert".

Meine
reichhaltige
Oster-Ausstellung
ist eröffnet.
A. Schulz Nachf., Konfitüren
Inh. JOSEPHA MEYER
Westernstr. 30, gegenüber der Post.

Bekanntmachung.

Zufolge Verordnung des Bundesrats vom 23. 3. 1916 findet am **15. April 1916** eine

Viehzählung

statt. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Kaninchen.

Gelegentlich der Viehzählung findet auch eine **Erhebung** über die noch im Besitze der Landwirte befindl. Mengen

Hinterkorn

statt. Von dem Hinterkorn ist bis zum 20. April 1916 eine Probe bei dem Herrn Gemeindevorsteher abzugeben.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der vorerwähnten Bundesrats-Verordnung aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft.

Auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden.

Paderborn, 2. April 1916.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Nr. Bst. I. 1391|3. 16. K. R. A.

betreffend Regelung der Arbeit in Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbezweigen.

Auf Grund des § 9 Buchstabe b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 *) in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Dezember 1915, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 4. Juni 1851 (Reichs-Gesetzbl. S. 813), wird folgendes im Interesse der öffentlichen Sicherheit zur allgemeinen Kenntnis gebracht:

Für gewerbliche Betriebe, in denen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- oder Knabenkleidung (Röcken, Hosen, Westen, Mänteln, Mützen), Frauen- und Kinderbekleidung (Mänteln, Kleidern, Blusen, Weißwaren, Umhängen, Schürzen, Korsetts) oder von weißer und bunter Wäsche im großen erfolgt — Kleider- und Wäschekonfektion —, einschließlich der von diesen Betrieben ausgeführten Anfertigung nach Maß, sowie für die gewerblichen Betriebe, in denen Gebrauchsgegenstände ganz oder überwiegend aus Web-, Wirk- oder Strickstoffen, aus Wollen, Filzen (Säcke, Rucksäcke, Zelte, Stoffschuhe, Gamaschen, Schirme, Steppdecken u. dgl.) im großen hergestellt werden, gelten die nachstehenden Vorschriften. Anfertigung oder Bearbeitung im großen liegt auch vor, wenn zwar in dem einzelnen Betriebe selbst nur eine beschränkte Stückzahl der Ware angefertigt oder bearbeitet wird, wenn jedoch der Unternehmer, für den der Betrieb arbeitet, die Ware in Massen herstellen läßt. Die Vorschriften finden ferner, auch wenn es sich nicht um Herstellung im großen handelt, auf alle gewerblichen Betriebe der bezeichneten Art Anwendung, in denen außer dem Inhaber oder Leiter mindestens 4 Arbeiter (Arbeiterinnen) beschäftigt sind.

Beschäftigung innerhalb der Betriebe der Unternehmer.

§ 1.

Die reine Arbeitszeit der im Betriebe mit dem Zuschneiden der Stoffe beschäftigten Personen darf 40 Stunden für die Woche nicht überschreiten. Die Zahl dieser Personen darf nicht über diejenige hinausgehen, welche am 1. Februar 1916 für den Betrieb mit Zuschneiden beschäftigt war. Das Zuschneiden mittels irgendwelcher mit Kraft angetriebener Zuschneidemaschinen (auch Stanzen u. dgl.) ist verboten mit Ausschluß von Geweben, welche ganz oder teilweise aus Papier bestehen. Das Zuschneiden mittels Zuschneidemaschinen mit Hand- oder Fußbetrieb ist nur während fünf Stunden am Dienstag jeder Woche zulässig. Die Zahl dieser Zuschneidemaschinen darf nicht diejenige überschreiten, welche am 1. Februar 1916 im Betriebe vorhanden war.

Die reine Arbeitszeit der übrigen im Betriebe mit der Anfertigung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse, mit dem Einrichten oder mit dem Ausgeben und Abnehmen der Arbeit beschäftigten Personen darf gleichfalls 40 Stunden für die Woche nicht überschreiten.

Den Betriebsunternehmern ist freigestellt, wie sie die nach Abs. 1, 2 zugelassene Arbeitszeit innerhalb der gesetzlich erlaubten Grenzen auf die einzelnen Werktage verteilen wollen. Sie haben die danach für ihren Betrieb geltende Arbeitszeit innerhalb acht Tagen dem zuständigen [Gewerbeaufsichtsbeamten] **) schriftlich anzuzeigen. Spätere Aenderungen dieser Arbeitszeit sind binnen acht Tagen dem zuständigen [Gewerbeaufsichtsbeamten] **) anzuzeigen. Die von den [Landespolizeibehörden bestimmten Behörden] ***) können Anordnungen über die Verteilung der zugelassenen Arbeitsstunden auf die einzelnen Werktage erlassen.

§ 2.

Die Zahl der in § 1 Abs. 2 bezeichneten Personen darf durch Kündigung seitens des Betriebsunternehmers in den ersten zwei Monaten nach Erlaß dieser Vorschriften nicht um mehr als ein Zwanzigstel, nachher nicht um mehr als ein Zehntel unter den Stand am 1. Februar 1916 vermindert werden, solange nicht die Warenherstellung des Betriebes in zwei aufeinanderfolgenden Monaten unter sechzig Hundertstel derjenigen sinkt, welche der Betrieb im Durchschnitt des Jahres 1915 getätigt hat.

§ 3.

Die Gehälter und, soweit die Arbeit in Zeitlohn ausgeführt wird, die Löhne der in § 1 Abs. 1, 2 bezeichneten Personen dürfen nicht um mehr als zwei Zehntel gegenüber dem Stande am 1. Februar 1916 gekürzt werden.

Wird die Arbeit gegen Stücklohn ausgeführt, so dürfen die Lohnsätze nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein. Zu dem danach erzielten Verdienst haben die Betriebsunternehmer einen Zuschuß in Höhe von einem Zehntel des verdienten Betrages zu leisten, sofern nicht der für die Woche erzielte Verdienst das Neunfache des Ortslohns (ortsüblichen Tagelohns) überschreitet. Die Zuschüsse sind in die Arbeitsbücher (Rechenbücher) und Lohnbücher einzutragen und deutlich als Zuschüsse kenntlich zu machen.

*) Wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte

b) ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt oder zu solcher Uebertretung auffordert oder anreizt, soll, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

**) Anmerkung:

Für Preußen	ist zu setzen:	Gewerbeinspektor,
„ Bayern	„ „ „	Gewerberat,
„ Sachsen	„ „ „	Ortspolizeibehörde,
„ Württemberg	„ „ „	Gewerbeinspektor.

***) Anmerkung:

Für Preußen	ist zu setzen:	Die Regierungspräsidenten, im Landespolizeibezirk Berlin: Der Polizeipräsident.
„ Bayern	„ „ „	Die Kreisregierungen, Kammern des Innern
„ Sachsen	„ „ „	Die Kreishauptmannschaften,
„ Württemberg	„ „ „	Die Oberämter.

Beschäftigung außerhalb der Betriebe der Unternehmer.

§ 4.

Soweit die Anfertigung der gewerblichen Erzeugnisse für die Betriebe der Unternehmer außerhalb der Arbeitsstätten der letzteren erfolgt, gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die Betriebsunternehmer (Auftraggeber) dürfen den Inhabern von Arbeitsstuben und sonstigen Personen, welche für sie Stoffe zuschneiden, verarbeiten oder ausgeben, nur so viel Arbeit zuweisen, daß die zu zahlende Lohnsumme sieben Zehntel desjenigen Betrages nicht überschreitet, welcher im Durchschnitt des Jahres 1915 bezahlt worden ist. Falls die Warenherstellung des Betriebsunternehmers im Durchschnitt des Jahres 1915 unter sechzig Hundertstel der Herstellung im Jahre 1913 gesunken ist, darf der Durchschnitt des Jahres 1913 gewählt werden. Soweit es sich um Inhaber von Arbeitsstuben und sonstige Zwischenpersonen handelt, die in dem maßgebenden Jahre noch nicht vom Betriebsunternehmer beschäftigt worden sind, ist der Durchschnitt der Monate Januar und Februar 1916 zugrunde zu legen.
2. Die reine Arbeitszeit derjenigen Personen, welche innerhalb der Arbeitsstuben mit der Anfertigung der Erzeugnisse beschäftigt sind, darf 40 Stunden in der Woche nicht übersteigen.

   Die Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Werktage ist den Inhabern der Arbeitsstuben freigestellt; die Bestimmungen in § 1 Abs. 3 finden dabei gleichfalls Anwendung.
3. Die Betriebsunternehmer, die Inhaber von Arbeitsstuben und die sonst die Ausgabe der Arbeit vermittelnden Personen (Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister u. dgl.) dürfen denjenigen Arbeitern (Arbeiterinnen), welche die gewerblichen Erzeugnisse zu Hause selbst herstellen (Heimarbeiter, Heimarbeiterinnen, Hausarbeiter, Hausgewerbetreibende u. dgl.), sofern diese ständig dieselben Gegenstände fertigen, nicht mehr als sieben Zehntel der ihnen in der Zeit vom Anfang Oktober 1915 bis Ende Februar 1916 im Durchschnitt zugewiesenen Arbeitsmenge, im übrigen nicht mehr Arbeit übertragen, als daß die Arbeiter bis sieben Zehntel des von ihnen in der angegebenen Zeit im Durchschnitt verdienten Arbeitslohns erzielen. Sind solche Arbeiter neu angenommen, so daß für sie ein Anhaltspunkt dafür fehlt, welche Arbeitsmenge oder welchen Arbeitsverdienst sie in der angegebenen Zeit übertragen erhalten oder erzielt haben, so ist ihnen nicht mehr Arbeit zu übertragen, als daß sie bis sieben Zehntel desjenigen Verdienstes erzielen, welchen sie nachweisbar im Durchschnitt der angegebenen Zeit wöchentlich bei ihrer letzten Beschäftigungsstelle gehabt haben, in Ermangelung eines solchen Nachweises, als daß sie bis sieben Zehntel des Ortslohns (ortsüblichen Tagelohns) verdienen.
4. Die Lohnsätze für die den vorstehend unter Ziffer 1, 3 bezeichneten Personen übertragenen Arbeiten dürfen nicht geringer sein, als sie am 1. Februar 1916 waren. Das gleiche gilt für die vorstehend unter Ziffer 2 bezeichneten Personen, soweit sie gegen Stücklohn beschäftigt sind. Arbeiten solche Personen in Zeitlohn (Tages-, Wochenlohn), so dürfen die Stundenlohnsätze nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein.
5. Die Betriebsunternehmer haben, sofern sie die in vorstehender Ziffer 3 bezeichneten Arbeiter unmittelbar beschäftigen, zu dem von diesen erzielten Verdienst einen Zuschuß in Höhe von einem Zehntel des verdienten Betrags zu leisten.

   Im übrigen ist der Arbeitsverdienst der in den vorstehenden Ziffern 2, 3 bezeichneten Personen von den Inhabern der Arbeitsstuben oder den sonst die Ausgabe der Arbeit vermittelnden Personen (Ausgebern, Faktoren, Zwischenmeistern u. dgl.) durch Zuschüsse um ein Zehntel zu erhöhen.

   Die Zuschüsse (Abs. 1, 2) sind in die Arbeitsbücher (Rechenbücher) und Lohnbücher einzutragen und deutlich als Zuschüsse kenntlich zu machen.

   Die Betriebsunternehmer (Auftraggeber) haben den Inhabern der Arbeitsstuben und den sonst die Arbeitsausgabe vermittelnden Personen als Ersatz für die verauslagten Zuschüsse einen Zuschlag von sieben Hundertstel zur Lohnsumme zu zahlen. Die bezeichneten Zwischenpersonen haben innerhalb drei Tagen nach der Lohnzahlung jedesmal ein Verzeichnis der von ihnen gezahlten Löhne dem zuständigen [Gewerbeaufsichtsbeamten] *) einzureichen. Aus dem Verzeichnis muß der Name und die Wohnung jedes Arbeiters (jeder Arbeiterin), der von ihm verdiente Lohn, der ihm gezahlte Zuschuß und die danach sich ergebende Gesamtsumme des ihm gezahlten Lohnes ersichtlich sein.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 5.

Keinesfalls darf in einer Woche mehr zugeschnitten werden, als in der nächstfolgenden Woche verarbeitet werden kann.

§ 6.

Soweit die Arbeitszeit für Personen, die innerhalb der Betriebe der Unternehmer oder innerhalb der Arbeitsstuben beschäftigt sind, auf 40 Stunden in der Woche beschränkt ist, (§ 1 Abs. 1, 2, § 4 Ziffer 2), darf solchen Personen Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebs oder der Arbeitsstuben nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.

*) Anmerkung:

Für Preußen	ist zu setzen:	Gewerbeinspektor,
„ Bayern	„ „ „	Gewerberat,
„ Sachsen	„ „ „	Ortspolizeibehörde,
„ Württemberg	„ „ „	Gewerbeinspektor

§ 7.

Die Betriebsunternehmer haben bis zum 10. April 1916 dem zuständigen [Gewerbeaufsichtsbeamten] **) ein Verzeichnis der von ihnen am 1. Februar 1916 innerhalb der Betriebe mit Zuschneiden beschäftigten Personen (vgl. § 1 Abs. 1) einzureichen und dabei zugleich die Zahl derjenigen Personen anzugeben, welche von ihnen am 1. Februar 1916 innerhalb der Betriebe mit Einrichten, Ausgeben und Abnehmen der Arbeit oder mit der Anfertigung oder Verarbeitung der gewerblichen Erzeugnisse beschäftigt worden sind (vgl. § 1 Abs. 2).

§ 8.

In den Betriebsräumen der Unternehmer, in denen gewerbliche Erzeugnisse gegen Stücklohn angefertigt oder verarbeitet werden (§ 3 Abs. 2), ist an deutlich sichtbarer Stelle und in deutlich lesbarer Schrift ein Anschlag gemäß Buchstabe a der Anlage anzubringen.

In den Betriebsräumen der Unternehmer und der die Ausgabe von Arbeit für sie vermittelnden Personen (Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister u. dgl.), in denen Arbeit für Heimarbeiter, Hausarbeiter u. dgl. (§ 4 Ziffer 3) ausgegeben oder abgenommen wird, sowie in den Arbeitsstuben (§ 4 Ziffer 2) ist an der Außen- und der Innenseite der Eingangs- und Ausgangstüren an deutlich sichtbarer Stelle und in deutlich lesbarer Schrift ein Anschlag gemäß Buchstabe b der Anlage anzubringen.

§ 9.

Die [von den Landeszentralbehörden bestimmten Behörden **)] können auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften des § 1 Abs. 1, 2, die im öffentlichen Interesse notwendig sind, zulassen. Ein öffentliches Interesse kann auch dann als vorliegend erachtet werden, wenn ohne die Zulassung der Ausnahme der Betrieb nicht in dem Umfang aufrechterhalten werden könnte, daß den Arbeitern (Heimarbeitern) das nach den Vorschriften dieser Verordnung zulässige Maß von Beschäftigung gewährt werden könnte.

§ 10.

Die Betriebsunternehmer, die Inhaber von Arbeitsstuben und die sonst die Ausgabe der Arbeit vermittelnden Personen (Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister u. dgl.) sind verpflichtet, dem zuständigen [Gewerbeaufsichtsbeamten] **) Einsicht in ihre Lohnlisten und sonstigen Bücher so weit zu gestatten, als zur Feststellung der Richtigkeit der gezahlten Löhne erforderlich ist.

§ 11.

Die Bekanntmachung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Die Vorschriften der § 4 Ziffer 2 bis 5, § 5 finden von diesem Zeitpunkt an auch auf die Ausgabe von Arbeit aus denjenigen Arbeitsmengen Anwendung, welche den Inhabern von Arbeitsstuben oder den sonst die Arbeitsausgabe vermittelnden Personen (Ausgebern, Faktoren, Zwischenmeistern u. dgl.) vor diesem Zeitpunkt von den Betriebsunternehmern überwiesen worden sind.

Mit dem in Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt tritt für die unter diese Bekanntmachung fallenden Betriebe die Bekanntmachung Nr. W. M. 77/1. 16. K. R. A. vom Januar 1916, betreffend mit Kraft angetriebene Maschinen für Konfektionsarbeit, außer Kraft.

Anlage.

a) Anschlag für Betriebsunternehmer (vgl. § 8 Abs. 1 der Vorschriften):

Auszug aus den Vorschriften des ..... vom ..... (§ 3 Abs. 2).

Bei Anfertigung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse in Stücklohn ist den Arbeitern (Arbeiterinnen) ein Zuschuß in Höhe von einem Zehntel des verdienten Lohnes zu zahlen, sofern nicht der für die Woche erzielte Verdienst das Neunfache des Ortslohns (ortsüblichen Tagelohns) überschreitet.

Die Lohnsätze für die angefertigten oder bearbeiteten Gegenstände dürfen nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein.

b) Anschlag für Betriebsunternehmer, Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister u. dgl. und für Inhaber von Arbeitsstuben (§ 8 Abs. 2 der Vorschriften):

Auszug aus den Vorschriften des ..... vom ..... (§ 4 Ziff. 4, 5).

Den Arbeitern (Arbeiterinnen) ist bei der Lohnzahlung ein Zuschuß in Höhe von einem Zehntel des verdienten Lohnes zu zahlen.

Die Lohnsätze für die angefertigten oder verarbeiteten Gegenstände dürfen nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein. Arbeiten die Arbeiter (Arbeiterinnen) in Arbeitsstuben gegen Zeitlohn (Tagelohn, Wochenlohn), so dürfen die Stundenlöhne nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein.

Münster, den 4. April 1916.

Das Königliche stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps.

Der kommandierende General:

Frhr. von Gayl, General der Infanterie.

**) Anmerkung:

Für Preußen	ist zu setzen:	Die Regierungspräsidenten, im Landespolizeibezirk Berlin: Der Polizeipräsident.
„ Bayern	„ „ „	Die Kreisregierungen, Kammern des Innern
„ Sachsen	„ „ „	Die Kreishauptmannschaften,
„ Württemberg	„ „ „	Die Oberämter.